

Manifest der Gruppe

"Gesundheit statt Waffen"

Stoppt den Völkermord in Gaza! Gesundheit statt Waffen!

Wir sind Mitglieder der Gruppe "Gesundheit statt Waffen", einer Initiative, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards einsetzt. Zu uns gehören Ärzte*innen, Krankenpfleger*innen, Forscher*innen, Beschäftigte im Gesundheitswesen sowie Mitglieder von Gewerkschaften. Angesichts der anhaltenden humanitären Katastrophe in Gaza, die seit mehr als einem Jahr andauert und einen erschütternden Höhepunkt erreicht hat, sehen wir es als unsere ethische und gesellschaftliche Verantwortung, entschieden gegen die systematischen Verletzungen des Völker- und Kriegsrechts einzutreten.

Wir tragen alle, insbesondere Beschäftigte im Gesundheitswesen, eine ethische Verantwortung, Leben zu retten und humanitäre Hilfe dort zu leisten, wo sie am dringendsten benötigt wird – ein zentraler Grundsatz des hippokratischen Eides. Dieser Eid verpflichtet dazu, allen Menschen beizustehen. Deshalb schließt diese Verantwortung auch das aktive Engagement gegen Krieg und Völkermord ein, da solche Verbrechen unermessliches Leid verursachen und die grundlegenden Prinzipien von Menschlichkeit und medizinischer Ethik verletzen.

Seit mehr als einem Jahr, protestieren Millionen Menschen weltweit gegen diesen Völkermord, doch ungeachtet dieser Proteste kommt die internationale Gemeinschaft, einschließlich Deutschland, ihrer Verantwortung, das Völkerrecht zu wahren, nicht nach. Unsere Überzeugung ist, dass Waffenexporte und militärische Aufrüstung nicht

nur die Gewaltspirale in Kriegsgebieten weiter anheizen, sondern auch unsere eigene Gesellschaft tiefgreifend und nachhaltig negativ beeinflussen.

Wir fordern die Zivilgesellschaft auf, aktiv zu werden und sich uns anzuschließen um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, um endlich Maßnahmen gegen den Völkermord in Gaza zu ergreifen. Konkret fordern wir die strikte Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards, die Bereitstellung humanitärer Hilfe, medizinische Versorgung und den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung sowie den sofortigen Stopp deutscher Waffenexporte. Nur durch gemeinsames Engagement können wir dazu beitragen, Leid zu mindern und den Weg für soziale Gerechtigkeit zu ebnen.

Wir verurteilen, den in Gaza von Israel begangenen und von der Weltengemeinschaft schweigend hingenommenen, Völkermord auf das Schärfste. Auch renommierte Organisationen wie Human Rights Watch oder Amnesty International verurteilen die Kriegshandlungen und benennen eklatante Verstöße gegen internationale Menschenrechtsstandards.

Die Vereinten Nationen setzten Israel erst 2024 wegen schwerwiegender Kinderrechtsverletzungen (s.u.) durch militärische Aktionen und der Blockade von Hilfslieferungen auf die schwarze Liste.

Millionen von Palästinenser*innen sind Binnenvertriebene und aufgrund der Blockade lebenswichtiger Ressourcen, sowie des fast gänzlich zerstörten Gesundheitssystems vom Hungertod bedroht.

Ebenso verurteilen wir die Bundesregierung der BRD auf das Schärfste für ihre Beteiligung am Völkermord in Gaza durch Waffenexporte.

Die ehemalige Ampelregierung, einst für soziale Gerechtigkeit bekannt, hat über 100 Milliarden Euro in die Aufrüstung investiert und so den Boden für

Kriegstreiberei bereitet. Deutschland hat essenzielle Bereiche über Jahre hinweg vernachlässigt, während weiterhin Milliarden in die Kriegsmaschinerie fließen. Das verschärft nicht nur das Leid der Menschen in den Kriegsgebieten, sondern beeinflusst auch uns hier, als Bürgerinnen und Bürger.

Die Sparmaßnahmen führen zu Unsicherheiten, Existenzängsten und Unzufriedenheit, die häufig Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Folge haben. Ferner bedienen sich Politiker zunehmend einer entmenslichenden Rhetorik gegenüber Minderheiten und ermutigen somit Extremisten Gewalttaten durchzuführen, wie man bei dem Brandanschlag auf das Palästina- Solidaritätscamp in München gesehen hat.

Statt den „Verteidigungshaushalt“ zu erhöhen sollte die Bundesregierung endlich anfangen, in das zu investieren, was wirklich zählt: Bildung, Gesundheit und Soziales.

Wir, als Palästina-solidarische Menschen, müssen uns mit Gewerkschaften und Arbeiter*innen zusammenschließen, um gemeinsam für Abrüstung und eine Aufstockung des sozialen Sektors zu kämpfen.

Diese gefährliche Verbindung von Aufrüstung und wachsendem Rassismus national, sowie die aktive Beteiligung dieser Regierung an Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen sind ein alarmierendes Signal, dem wir entschieden entgegentreten müssen.

Verstoß gegen Recht auf Leben und das Völkerrecht:

Seit Oktober 2023 wurden über **40.000 Menschen** ermordet.

Diese Zahl wurde von der UN und WHO als korrekt anerkannt.

Laut dem renommierten medizinischen ***The Lancet***-Bericht vom 5.

Juli 2024 wird die Zahl der Todesopfer in Gaza auf über **186.000** steigen, was **8 % der Bevölkerung** Gazas entspricht.

Dies inkludiert all diejenigen, die nicht identifizierbar sind, noch nicht geborgen wurden oder an sekundären Ursachen, (Infektionen, Medikamentenmangel, Hunger) in den kommenden Monaten sterben werden.

Die UNO schätzt, dass tausende Zivilisten noch unter den Trümmern begraben liegen.

Verstoß gegen internationale Kinderstandards:

Seit Oktober 2023 wurden mehr als 16.000 Kinder von israelischen Luftangriffen ermordet.

Diese Zahl macht fast 2 % der 1 Mio. Kinder in Gaza aus.

Mindestens 21000 Kinder werden vermisst: Sie sind unter den Trümmern verschüttet, inhaftiert oder in Massengräbern begraben. 20.000 Kinder sind Waisen oder unbegleitet.

Die UN warnt in Gaza vor Kindersterben, da die Lebensbedingungen von rund 1 Million Kindern von Gewalt (Bombardierungen), Entführungen, Folter, Inhaftierungen, Hungersnot, Traumata und Krankheiten wie Polio geprägt sind.

Verstoß gegen medizinisches und humanitäres Völkerrecht, insb. die Genfer Konvention:

Gesundheitsexperten erwarten in den kommenden Monaten und Jahren als Folge der neumonartigen Massenbombardierung und aufgrund der unmenschlichen Blockade viele Todesfälle durch Krankheiten.

Verstoß gegen internationales humanitäres Recht:

Die absichtliche Blockade von lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser, Strom und medizinischer Versorgung stellt ein Kriegsverbrechen dar, wie von der UN-Kommission bestätigt.

Sie begann sichtbar 2007 und wurde seit Oktober 2023 zur dauerhaften Blockade beim Import von Hilfsgütern.

Die humanitäre Lage wird durch die Blockade und die anhaltende Gewalt weiter verschärft. Die Zerstörung der gesamten Infrastruktur

hat die Verteilung von Lebensmitteln, Wasser und medizinischen Gütern erheblich beeinträchtigt.

Verstoß gegen das Recht auf Nahrung und Gesundheit

Laut dem IPC-Bericht vom Juni 2024 sind 96 % der Zivilisten in Gaza von akuter Ernährungsunsicherheit, was IPC- Stufe 3 (Krisenniveau) oder höher entspricht. Etwa 23 % der Bevölkerung, also rund 500.000 Menschen, leiden unter katastrophalen Bedingungen (IPC-Stufe 5).

Der Bericht unterstreicht, dass hohe Risiko einer Hungersnot im gesamten Gaza, solange der humanitäre Zugang blockiert ist.

Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit:

Durch direkte israelische Angriffe sind über 88.000 verletzt, oft schwer, da humanitäre sowie medizinische Hilfe seitens Israel verwehrt werden. Verwundete müssen mit Schmerzen ohne angemessene medizinische Versorgung auskommen.

Verstoß gegen das Recht auf Unterkunft und Sicherheit:

Laut der UN sind etwa 1,7 Millionen Menschen in Gaza Binnenvertriebene, was rund 70% der Bevölkerung ausmacht. Sie suchen Zuflucht in zerstörten humanitären und medizinischen Einrichtungen, überfüllten Unterkünften oder in Zelten.

Verstoß gegen das Recht auf Gesundheit und das Recht auf medizinische Versorgung

Die Blockade macht es unmöglich, chronische Erkrankungen zu behandeln und die Durchführung von lebenswichtigen Dialysebehandlungen durchzuführen.

In Gaza wurde bereits von der UN, Infektionskrankheiten wie Cholera und Typhus durch mangelhafte Hygiene, schwere Unterernährung vor allem bei Kindern, hygienebedingte Krankheiten

und Schwierigkeiten bei der Behandlung chronischer Erkrankungen gemeldet.

Verstoß gegen das Recht auf Unterkunft und Sicherheit:

Laut der UN sind etwa 1,7 Millionen Menschen in Gaza Binnenvertriebene, was rund 70% der Bevölkerung ausmacht. Sie suchen Zuflucht in zerstörten humanitären und medizinischen Einrichtungen, überfüllten Unterkünften oder in Zelten.

Verstoß gegen das Prinzip der Unverletzlichkeit medizinisches Personal

200 Krankenwagen wurden bombardiert und 885 Angestellte des Gesundheitswesens ermordet

Verstoß gegen internationales medizinisches und humanitäres Recht

Ärzte in Gaza arbeiten seit dem 07. Oktober rund um die Uhr, ohne Unterbrechung. Sie sind aufgrund der Blockade gezwungen, ohne medizinische Ausrüstung zu arbeiten und müssen Operationen ohne Betäubung durchführen.

90% der Gesundheitseinrichtungen in Gaza, einschließlich des Al-Shifa-Krankenhauses (größtes KH in Gaza), sind zerstört.

Verstoß gegen Internationales Recht:

Deutschland verstößt gegen internationales Recht, indem es deutsche Waffen an Israel liefert, die in einem Völkermord eingesetzt werden. Dies verstößt gegen internationale Konventionen, wie die ICERD (DEU ratifizierte 1969) und grundlegende Menschenrechtsstandards.

Forderungen und Lösungen

1. Sofortiger Waffenstillstand und Ende des Völkermords

Einstellung aller israelischen Militäroperationen zur Verhinderung weiterer Kriegsverbrechen und zur Beendigung des Völkermords in Gaza

2. Sicherstellung der medizinischen Versorgung und humanitären Hilfe

Sofortige Bereitstellung von Lebensmitteln, medizinischer Ausrüstung und Personal für die Menschen in Gaza

3. Aufnahme und Behandlung von Menschen in akuten medizinischen Notlagen in Deutschland

Bereitstellung von medizinischen Behandlungsmöglichkeiten und Schutz für schwer verletzte oder kranke Menschen aus Gaza, insbesondere Kinder

4. Schutz der Kinder und Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention

Besondere Schutzmaßnahmen für Kinder in Gaza und Gewährleistung ihrer Rechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention

5. Internationale Maßnahmen zur Beendigung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen

Dringende und koordinierte internationale Maßnahmen zur sofortigen Beendigung aller Formen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Gaza, um einen dauerhaften Frieden zu fördern

6. Sofortiger Stopp des Waffen- und Rüstungsexports durch die Bundesregierung

- Unverzüglicher Stopp sämtlicher Waffenlieferungen und militärischer Ausrüstung durch deutsche Unternehmen
- Reduzierung des Verteidigungshaushalts zugunsten von Gesundheit und Sozialem in Gaza und Deutschland

7. Durchsetzen eines Waffenstillstands durch gewerkschaftlichen Druck

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) muss sich dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) anschließen und dringend Solidarität mit dem palästinensischen Kolleg: innen zeigen, indem er einen sofortigen Waffenstillstand fordert. Es gibt zahlreiche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, bei denen Gewerkschaften weltweit durch mutige Aktionen Waffentransporte nach Israel blockiert haben, um ein Zeichen gegen die anhaltende Gewalt zu setzen. In Italien haben Dockarbeiter in Livorno und Neapel erfolgreich die Verladung von Militärgütern verhindert, die für Israel bestimmt waren, um die

Bombardierungen in Gaza zu stoppen. Ebenso verweigerten Dockarbeiter in Südafrika, Schweden und Australien das Entladen von israelischen Schiffen.

Deshalb auch der Aufruf an Alle: Organisiert euch in Gewerkschaften und baut Druck auf die Gewerkschaftsführung aus.

8. Einhaltung internationaler Gesetze und strafrechtliche Untersuchungen - IGH

- Durchsetzung internationaler Gesetze zum Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza, einschließlich strafrechtlicher Untersuchungen durch internationale Strafgerichtshöfe
- Einführung und Umsetzung umfassender Sanktionen gegen Israel durch Staaten und internationale Organisationen, bis die Angriffe und die Blockade beendet sind

9. Rascher Wiederaufbau der Infrastruktur durch Sicherstellung der Finanzierung

- Die BRD und internationale Institutionen sind verantwortlich für den Wiederaufbau zerstörter Krankenhäuser, Schulen und Wohngebäude in Gaza, um die Grundversorgung und Bildung wiederherzustellen

10. Übernahme der deutschen Mitverantwortung

- Klare Benennung und Übernahme der Mitverantwortung durch die Bundesregierung
- Anerkennung der Rolle bei der Verschärfung der Lage in Gaza durch Waffenlieferungen, politische Unterstützung – somit Beihilfe zum Völkermord (IGH).

Schlussfolgerung – Fazit – Ausblick

Wir lehnen entschieden die bedingungslose Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für Israel ab, ebenso wie die Lieferung deutscher Waffen und kritisieren das Versagen der deutschen Innenpolitik in diesem Zusammenhang.

Die humanitäre und medizinische Notlage in Gaza erfordert sofortiges Handeln und eine starke nationale sowie internationale Solidarität, insbesondere zum Schutz der Kinder.

Wir fordern euch alle auf aktiv zu werden, euch zu organisieren um die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft zu zwingen, dringende diplomatische, humanitäre und medizinische Maßnahmen zu ergreifen und einen sofortigen Waffenstillstand durchzusetzen.

Wir müssen uns mit Gewerkschaften und Arbeiterinnen zusammenschließen, um gemeinsam für Abrüstung und für eine Aufstockung des sozialen Sektors und zu kämpfen. Unsere Kämpfe sind untrennbar miteinander verbunden, und nur vereint können wir Gerechtigkeit für ALLE erlangen.

Informationen findet ihr unter: [healthnotarms-muc](https://healthnotarms-muc.org)

Quellenangabe:

- *The Lancet (Juni 2024)*
- **UN-Bericht (Juni 2024)**
- **Human Right Watch**
- **Amnesty International**
- **Welternährungsprogramm (WTP) – Bericht (Juni 2024)**